

P/XVIII/45

Bonn, den 6. März 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1	<u>"Psychologische Rüstung"</u> Merkwürdiger Vortrag eines Bundeswehroberster	49
2	<u>Gut und schlecht</u> Deutsches Gedenken in Auschwitz Oberländer "reist für Deutschland"	37
3 - 5	<u>Gefährdete Ausbildungshilfe</u> Was tut die Bundesrepublik für den Führungsnachwuchs der Entwicklungsländer? Von Klaus Helfer	110
5	<u>Dr. Heck und der "Nonkonformismus"</u> Den guten Worten sollten gute Taten folgen	24
6	<u>Junge Sozialdemokraten und die Jugend der Welt</u> Aktivität auf allen Kontinenten	43

Chefredakteur Günter Markscheffel

"Psychologische Rüstung"

Merkwürdiger Vortrag eines Bundeswehrobersten

sp - In der "Neue Zürcher Zeitung" vom 5. Februar 1963 lesen wir in einem Bericht über den Vortrag des Obersten i.Gst. Schall, "Referent im Bundeswehrministerium für Fragen der psychologischen Rüstung" vor der "Allgemeinen Offiziersgesellschaft Zürich" folgende bemerkenswerten Sätze:

- * "Mit einem Unterton der Bitterkeit führte der Referent
- * Klage über die weitgehende Beherrschung des publizisti-
- * schen Lebens in der Bundesrepublik durch Linksintellek-
- * tuelle, die der bolschewistischen Infiltrationstechnik
- * (Soldatensender, Briefaktionen bei der Truppe) in die
- * Hände arbeiten. Er sprach geradezu von einem Terror,
- * der von dieser Seite via Presse, Film und Fernsehen aus-
- * geübt werde. Kaum jemand wage es, der direkten und in-
- * direkten Polemik gegen die Wehrhaftigkeit entgegenzutre-
- * ten. Hinweise auf das Wesen der totalitären Herrschaft
- * werden als kriegshetzerisch abgetan."

Man beachte das Datum des Erscheinungstages dieses Berichtes - 5. Februar 1963 - . Wir haben einen Monat gewartet, um festzustellen, ob das Bundesverteidigungsministerium die "Neue Zürcher Zeitung" dementieren würde. Das ist unseres Wissens nicht geschehen. Man darf daher wohl annehmen, dass der Bericht über den Vortrag des Obersten Schall korrekt ist, zumal wir genau wissen, wie sorgfältig gerade beim Bundesverteidigungsministerium Berichte der Auslands- und Inlandspresse gelesen werden, die in irgendeinem Zusammenhang mit der Bundeswehr oder eines ihrer Angehörigen stehen.

Vorausgesetzt, der Bericht über den Vortrag des Obersten Schall ist korrekt, erlauben wir uns die Feststellung, dass dieser Oberst nicht nur ungeeignet ist, als Referent im Bundesverteidigungsministerium für Fragen der psychologischen Rüstung zu fungieren, sondern noch ungeeigneter, über diesen Themenkreis Vorträge im In- und Ausland zu halten.

Die Behauptung, das publizistische Leben in der Bundesrepublik sei weitgehend durch Linksintellektuelle beherrscht, die der kommunistischen Infiltrationstechnik in die Hände arbeiten, ist **u n w a h r**.

U n w a h r ist auch die Behauptung, Presse, Film und Fernsehen übten einen Terror aus und ebenso

u n w a h r ist, wenn man sagt, kaum jemand wage es, der direkten und indirekten Polemik gegen die Wehrhaftigkeit entgegenzutreten.

Es gibt zwei Möglichkeiten, die Ausdrucksweise des Obersten Schall zu bewerten. Entweder reichen die intellektuellen Fähigkeiten dieses Obersten nicht aus, um beurteilen zu können, was er sagt, oder er redet nur so vor sich her, um seinen Zuhörern etwas "Interessantes" zu bieten.

In **b e i d e n** Fällen gehört er nicht in das Bundesverteidigungsministerium. Der neue Bundesverteidigungsminister sollte überlegen, ob dieses wahrscheinlich vergessene Relikt seines Vorgängers nicht vorzeitig in Pension geschickt werden kann.

S o l c h e Lehrer und Vortragsreisende hat unsere Bundeswehr nämlich nicht verdient!

Gut und schlecht

Deutsches Gedenken in Auschwitz
Oberländer "reist für Deutschland"

sp - Eine g u t e Nachricht kommt aus Warschau. Die deutsche Delegation, die zur Zeit in Warschau Verhandlungen über ein deutsch-polnisches Wirtschaftsabkommen führt, hat im ehemaligen Konzentrationslager Auschwitz zum Gedenken der während des Krieges umgebrachten vier Millionen Menschen Blumen niedergelegt. Die deutsche Delegation besuchte unter Führung ihres Delegationschefs, Botschafter Dr. Helmuth Allardt, während einer Verhandlungspause das Industriezentrum Nowa Huta und begab sich anschliessend nach Auschwitz. In der polnischen Presse wird von dieser Geste gebührend Kenntnis genommen und darauf hingewiesen, daß erstmalig eine offizielle Delegation der deutschen Bundesregierung in dieser Weise der Ermordeten von Auschwitz gedachte.

Wenn man weiß, wie fassungslos noch heute das polnische Volk vor dem steht, was während des "Dritten Reiches" geschehen ist, dann müssen wir die polnische Reaktion auf die Geste der deutschen Verhandlungsdelegation umso positiver empfinden.

* * *

N i c h t gut sind dagegen gewisse Nachrichten, die uns aus den USA erreichen. Dort nimmt zur Zeit der frühere, von Bundeskanzler Dr. Adenauer wegen NS-Vergangenheit entlassene, aber heute noch auf der Kandidatenliste der CDU für den Bundestag stehende Bundesvertriebenenminister Oberländer "Kontakte" zu osteuropäischen Exilpolitikern auf. Den Berichten zufolge verweist Herr Oberländer bei diesen "Kontakten" nachdrücklichst auf die Tatsache, daß er vor seiner Abreise aus der Bundesrepublik in die USA mit amtlichen Stellen der Bundesregierung Fühlung aufgenommen habe und läßt durchblicken, er handele im Auftrag dieser Stellen.

Man zweifeln wir nicht einen Augenblick daran, daß Herr Oberländer aus seiner früheren NS-Zeit auch heute noch über gute "osteuropäische Kontakte" verfügt. Daß aber ausgerechnet dieser Mann in den USA die Möglichkeit hat, gleichzeitig auf seine guten Kontakte zur deutschen Bundesregierung zu verweisen, ist genau das, was die Gestaltung eines vernünftigen Verhältnisses zu unseren osteuropäischen Nachbarn so schwierig macht.

In den USA leben nämlich nicht nur osteuropäische Exilpolitiker, mit denen Herr Oberländer Kontakt aufnimmt, sondern auch Amerikaner, die sehr aufmerksam die innenpolitische Entwicklung in der Bundesrepublik beobachten und sich ihren eigenen Vers darauf machen, wenn ein Herr Oberländer heute noch in den USA "für Deutschland reisen" kann.

+ * +

Gefährdete Ausbildungshilfe

Von Klaus Helfer

Die jüngsten Meldungen über Zusammenstöße afrikanischer Studenten mit den Staatsorganen des kommunistischen Bulgarien wurden vor unserer Presse in ebenso großer Aufmachung gebracht wie die Erlebnisberichte derjenigen, die sich daraufhin, wie schon viele ihrer farbigen Kommilitonen, zum Verlassen des Ostblocks entschlossen, um ihre Ausbildung an einer Hochschule der freien Welt fortsetzen zu können. Wenn man weiß, daß dem politischen Werben der westlichen Welt um die Entwicklungsländer die größte Gefahr von der Ausbildungshilfe droht, die die Ostblockländer dem Führungsnachwuchs der jungen afrikanischen und asiatischen Nationen in zielbewußter Großzügigkeit geben, mag ein wenig Schadenfreude über derartige Vorgänge durchaus verständlich sein. Gefährlich wäre es allerdings, sich mit solchen Gefühlen über zwei harte Tatsachen hinwegtäuschen zu wollen:

- 1) daß es sich bei denen, die ihren Ausbildungsplatz im Osten enttäuscht den Rücken wenden, immer nur um eine vergleichsweise unerhebliche Minderheit jener nach Tausenden zählenden Kader junger Afrikaner und Asiaten handelt, die im kommunistischen Machtbereich fachlich und politisch auf die Übernahme von Führungsaufgaben in ihren Heimatländern vorbereitet werden und
- 2) daß wir vor allem selbst der Aufgabe oft hilflos gegenüberstehen, diesen Abwanderern eine ihren Bedürfnissen entsprechende Ausbildungshilfe zu geben.

Gewiß nehmen unsere Universitäten und Hochschulen von Semester zu Semester mehr Kommilitonen aus den Entwicklungsgebieten auf - aber sie entlassen sie in der überwiegenden Mehrzahl nur unvollkommen oder unzulänglich gerüstet, wenn nicht überhaupt als Gescheiterte. Diese Feststellung eines höchst fragwürdigen Ausbildungseffektes ist für unsere Hochschulen und insbesondere diejenigen staatlichen Instanzen nicht neu, die in den letzten Jahren immer wieder klagen aus den Entwicklungsländern registrieren mußten, daß die in Deutschland ausgebildeten akademischen Nachwuchskräfte den in Frankreich und England ausgebildeten nicht gleichwertig seien.

Kurzschluß der Bundesregierung?

Dieses entmutigende Ergebnis so vieler gutgemeinter und mit einem großen Aufwand selbstlosen Idealismus verbundener Bemühungen um unsere afro-asiatischen Gäste scheint bei den entscheidenden Gremien zu einer allgemeinen Ermüdung und bei der Bundesregierung zu einer gefährlicher Kurzschlußreaktion geführt zu haben. Im Auswärtigen Amt werden Überlegungen angestellt, wie der Zustrom ausländischer Studenten in die Bundesrepublik abzustoppen sei, da sich offenbar die Auffassung durchgesetzt hat, daß die vernünftigste Form der Ausbildungshilfe allein darin gesehen werden könne, den Entwicklungsländern beim Aufbau eigener Hoch- und Fachschulen behilflich zu sein.

Sofern es sich dabei um sachliche und personelle Hilfe handelt, hat diese Konzeption ihre Berechtigung. Wegen der Unmöglichkeit aber auch Unzweckmäßigkeit, alle dafür benötigten Lehrkräfte im Lande selbst auszubilden, bietet sie allerdings keine Lösung des Problems. Sollte aber diese schließlich aus den negativen Erfahrungen mit dem Ausländerstudium erwachsene Idee die Beschränkung auf sachliche Hilfen meinen, so läßt sie die beängstigende Vision moderner von der Bundesrepublik errichteter Hoch- und Fachschulen entstehen, in deren Dozenten und Professoren ihr in Leipzig, Prag oder Moskau erworbenes Wissen weitergeben. Niemand wird solchen Schildbürgerstreich ernstlich wollen. Da uns aber auch unsere auswärtigen Verpflichtungen verbieten, Studenten aus den Entwicklungsländern den Zugang zu unseren Hochschulen zu versperren, muß das Problem h i e r gelöst werden. Die Bundesregierung wird nicht umhin können, aus der Konzeptions- und Planlosigkeit allzuvieler mehr gegen einander als miteinander in der Entwicklungshilfe tätigen Instanzen endlich herauszufinden und Maßnahmen einzuleiten, die unseren ausländischen Gästen eine ihren Bedürfnissen entsprechende Ausbildung an unseren Hochschulen und Universitäten gewährleisten.

Ein beachtenswerter Vorschlag

Dabei wird sie gut daran tun, eine Anregung ernsthaft zu prüfen, die in diesen Tagungen in Hamburg unterbreitet wurde. Die AKADEMIE FÜR WIRTSCHAFT UND POLITIK hatte ihren mehrmaligen Direktor, den besonders mit afrikanischen Entwicklungsproblemen vertrauten Ordinarius für Volkswirtschaftslehre, Prof. Dr. Heinz-Dietrich O r t l i e b, damit beauftragt, Vorschläge zur Ausbildung von Spezialisten und Führungskräften der Entwicklungsländer in der Bundesrepublik auszuarbeiten. In der jetzt vorgelegten Denkschrift führt Prof. Ortlieb die bisherige Mißerfolge des Ausländerstudiums auf zwei Gründe zurück, daß einmal nur ein verschwindend geringer Prozentsatz der exotischen Studenten in der Lage sei, ohne sehr intensive Hilfen an der Universität mit Erfolg zu studieren, und daß sich zum anderen das deutsche System der Hochschulausbildung nur wenig für Studenten aus Entwicklungsländern eignet. Da sich eine Reform unserer Hochschulausbildung - deren Zweckmäßigkeit auch für die Bedürfnisse unseres eigenen akademischen Nachwuchses seit langem in Frage steht - nur sehr langsam vollziehen wird, konzentrieren sich seine Überlegungen auf die Art der Hilfen, die den Kommilitonen aus den Entwicklungsländern zu geben sind, um sie aus ihrem Studium den größten Nutzen ziehen zu lassen. Prof. Ortlieb schlägt vor, das bereits jetzt an einigen Orten arbeitende propädeutische Studienkolleg, das in seinem bisherigen Inhalt und in seiner bisherigen Form "nur ein Beruhigungsmittel für die deutschen Instanzen darstellt, die sich mit dem Ausländerstudium zu beschäftigen haben und nun glauben können, es geschähe etwas, um die Verhältnisse zu bessern", nach verschiedenen Richtungen auszubauen.

Nach seinen Vorstellungen soll dem propädeutischen Kolleg, dessen Vorbereitungszeit von zwei auf vier Semester erhöht, dessen Auslesefunktion verschärft und mit dessen Abschluß auch den nicht zum Hochschulstudium Zulassenden eine Art höherer Fachschulausbildung bescheinigt werden soll, das "studienbegleitende Kolleg" an die Seite gestellt werden. In einer solchen, nach Möglichkeit mit einem Wohnheim zu kombinierenden Einrichtung, sollen die Studenten aus Entwicklungsländern für die gesamte Dauer ihres Studiums von Tutoren betreut und in besondern Veranstaltungen auf die Anwendung ihres an der Universität erworbenen Wissens auf die Bedingungen ihrer Heimatländern vorbereitet werden.

Akademie für Führungskräfte der Entwicklungsländer

Aus dieser Grundkonzeption heraus entwickelt Prof. Ortlieb anschließend das Programm einer "Akademie für mittlere und höhere Führungskräfte der afrikanischen und asiatischen Entwicklungsländer", die afro-asiatischen Studenten in einem Aggregat verschiedener Kollegs sowohl die Vorbereitung auf das Hochschulstudium als auch studienbegleitende Hilfen geben, den für ein Universitätsstudium Ungeeigneten eine höhere wirtschafts- und sozialkundliche Fachschulausbildung vermitteln und schließlich deutsche Entwicklungshelfer und Lehrkräfte für ihre Aufgaben in der praktischen Entwicklungshilfe vorbereiten soll. Die enge Verbundenheit aller dieser Aufgaben und die Möglichkeit, ihnen in einer derartigen Konzeption gleichermaßen gerecht zu werden, läßt erkennen, daß hier aus mehreren Werten eine Tugend gemacht werden kann - wenn sich die Bundesregierung bereit findet, zur Verwirklichung des Projekts wirksam beizutragen. Sicherlich wird der Kostenaufwand nicht gering sein. Andererseits verspricht das gut durchdachte Konzept nicht eine ähnliche Fehlinvestition zu werden, wie ein Teil der gegenwärtig verteilten Ausländerstipendien, die nach Prof. Ortliebs Angaben zu ca. 30 Prozent einen zweifelhaften und zu weiteren 60 Prozent einen garantiert negativen Erfolg erzielen.

- + -

Dr. Heck und der "Nonkonformismus"

Den guten Worten sollten gute Taten folgen

sp. "Unbequem und nonkonformistisch" müsse die akademische Jugend sein, erklärte der neue Bundesfamilienminister Dr. Heck (CDU) am Montag den Delegierten der 15. Mitgliederversammlung des Verbandes Deutscher Studentenschaften. Ein Bravo diesem Mann! Und ein zweifaches Bravo der Bundesregierung und der CDU, wenn sie sich durch den Mund dieses ihres Sprechers zum Nonkonformismus der studentischen Jugend auch dann bekennen wollten, wenn er ihnen gelegentlich selbst unbequem wird. Leider haben wir unsere Gründe, an der Ernsthaftigkeit eines solchen Bekenntnisses zu zweifeln; zu oft wurde gerade in der jüngsten Vergangenheit die Gelegenheit verpaßt, den hier geforderten Respekt vor unbequemen Meinungen in der Praxis zu bewähren, statt ihn einer falsch verstandenen Staats- oder Parteiraison zu opfern. - Waren es nicht Sprecher der Bundesregierung, die sich nicht genierten, die vor der gesamten studentischen Jugend getragenen Proteste gegen die Art der Behandlung der Spiegel-Affäre als Ausdruck verleiteten jugendlichen Unverstandes abzuwerten. Versucht nicht in eben diesen Tagen der Vorstand der CSU den vier Münchner Gruppen des Ringes Christlich-Demokratischer Studenten den Maulkorb anzubinden, die sich erdreisteten, öffentlich Kritik an Führungsgremien ihrer Partei zu äußern?

Solange man bei der Bundesregierung wie bei den Regierungsparteien auf diese Weise mit den Unbequemlichkeiten des Nonkonformismus fertig zu werden sucht, wird man die beherzigungswerte Aufforderung des Herrn Dr. Heck leider als Schwalbe ansehen müssen, die bekanntlich noch lange keinen Sommer macht.

- + -

Junge Sozialdemokraten und die Jugend der Welt

Aktivität auf allen Kontinenten

sp - Die erste Tagung des Präsidiums der International Union of Socialist Youth (IUSY) im Jahre 1963 fand Anfang März in Wien statt. Als deutscher Vertreter gehört der Bundessekretär der Jungsozialisten, Horst Seefeld, diesem Gremium an. Zu Beginn einer jeden Präsidiumssitzung haben die jungen Sozialdemokraten jeweils Aufnahmeanträge neuer Organisationen zu behandeln. In Wien wurde als kooperierende Mitglieder die Democratic Socialist Union aus dem Sudan und die Democratic Socialist Youth of Nigeria neu aufgenommen. Weitere Aufnahmen afrikanischer Jugendorganisationen stehen bevor.

Im Geschäftsbericht des Generalsekretärs Per Aasen wurde auch die Arbeit eines IUSY-Teams am Rande des kommunistischen Jugend-Festivals im August 1962 in Helsinki noch einmal beleuchtet. Die Mitwirkung der deutschen Jungsozialisten in diesem Team wurde als besonders wirkungsvoll hervorgehoben. Viele derer, die im Anschluß zur Moskauer Propaganda-Rummel westeuropäische Länder, darunter die Bundesrepublik und Berlin besuchten, stehen seither in engem Kontakt mit IUSY-Mitgliedsverbänden.

Vom Generalsekretariat der IUSY wurden in letzter Zeit drei bedeutsame Seminare durchgeführt. In Colombo trafen sich Vertreter von 10 asiatischen Nationen. Ceylons Ministerpräsident, Frau Bandaranaike, eröffnete im Beisein mehrerer Minister ihres Kabinetts dieses Seminar. 10 Jugendleiter aus 17 afrikanischen Ländern waren zu einem von der NAFAL-Jugend in Israel organisierten IUSY-Lehrgang zusammengetroffen. Außerdem kamen Mitglieder aus 16 Ländern zu einem Europa-Seminar nach Luxemburg. Diese erfolgreiche Seminararbeit soll auch künftig fortgesetzt werden.

Das IUSY-Präsidium bestimmte in seiner Wiener Sitzung die nächsten Aktivitäten. Der Kongreß im August d.J. in Oslo wird zweifellos der Höhepunkt sein. Eine Reihe von Veranstaltungen wurden für asiatische Länder festgelegt. Die europäischen Organisationen treffen sich noch in diesem Jahr zu Fragen der Koordinierung in Deutschland. Die von der Jungsozialisten ausgesprochene Einladung wurde angenommen. Eine Jugendleiterschulungsstätte in Afrika wird besonders von den skandinavischen Verbänden gefördert.

Erstmals nahm an einer IUSY-Präsidiumssitzung ein Vertreter der spanischen Sozialdemokraten im Exil teil. Miguel Martinez ist erst vor kurzem aus Spanien geflohen. Er gab einen eindrucksvollen Bericht über die Lage der spanischen Jugend und besonders über die Tätigkeiten der jungen spanischen Sozialdemokraten. Die europäischen IUSY-Organisationen werden künftig ihren spanischen Freunden mehr Unterstützung als bisher angedeihen lassen. Martinez vertrat die Ansicht, daß die demokratischen Sozialisten in einem freien Spanien große Chancen haben werden.